



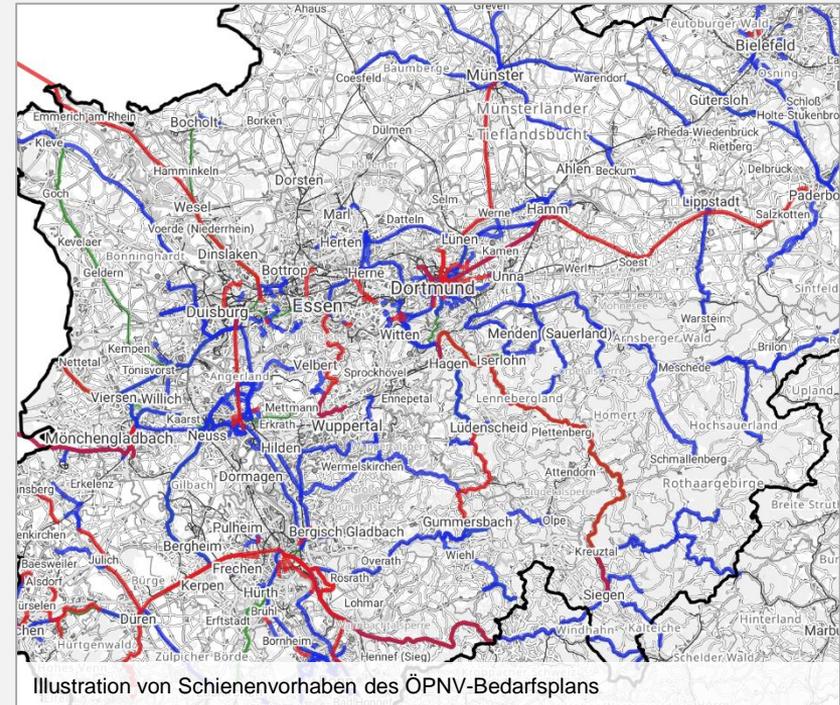
(Neu-)Aufstellung der verkehrlichen Bedarfspläne des Landes Nordrhein-Westfalen

Sitzung des Regionalrates am 21. März 2024 in Arnsberg

Begriffsklärung der verkehrlichen Bedarfspläne



- **Langfristiges Planungsinstrument** mit Listen von priorisierten Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen
- Für **Radschnellverbindungen** des Landes wird **erstmalig** ein Bedarfsplan aufgestellt
- Für **ÖPNV und Landesstraßen** bestehen Bedarfspläne aus den Jahren 2006/2007, welche nun neu aufgestellt werden



Gesetzliche Hintergründe der verkehrlichen Bedarfspläne



Radschnell- verbindungen

Bedarfsplanpflicht für den Bau neuer und die wesentliche Änderung bestehender Radschnellverbindungen (erstmalig),
§19 (1) FaNaG



Landesstraßen

Bedarfsplanpflicht bei Bau oder wesentlicher Änderung von Straßen in der Baulast des Landes,
§1 (1) LStrAusbauG



ÖPNV

Bedarfsplanpflicht für streckenbezogene Maßnahmen mit zuwendungsfähigen Ausgaben >5 Mio. Euro,
§7 (1) ÖPNVG

Aufstellungsprozesse der einzelnen, verkehrlichen Bedarfspläne



Maßnahmenanmeldungen

Sammeln von Maßnahmenanmeldungen der kommunalen Gebietskörperschaften, zur **Beschlussfassung der regionalen Planungsträger**

1

🚲 Q1-2 2024
🚗 Q1-3 2024

2

🚲 bis Ende 2025
🚗 bis Mitte 2026

3

2026

4

2026/2027

5

2026/2027

Strategische Umweltprüfung

Durchführung einer strategischen Umweltprüfung inkl. Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §5 (1) UVPG NRW

Verkehrsausschuss- bzw. Landtagsbeschluss

Vorlage des Bedarfsplanentwurfs und des Umweltberichts zur Beschlussfassung beim Verkehrsausschuss/Landtag

(Bewertung und) Bedarfsplanaufstellung

Bewertung der Maßnahmen anhand einer Nutzen-Kosten-Analyse unter Verwendung des Landesverkehrsmodells 2035 und Aufstellung eines Bedarfsplanentwurfs

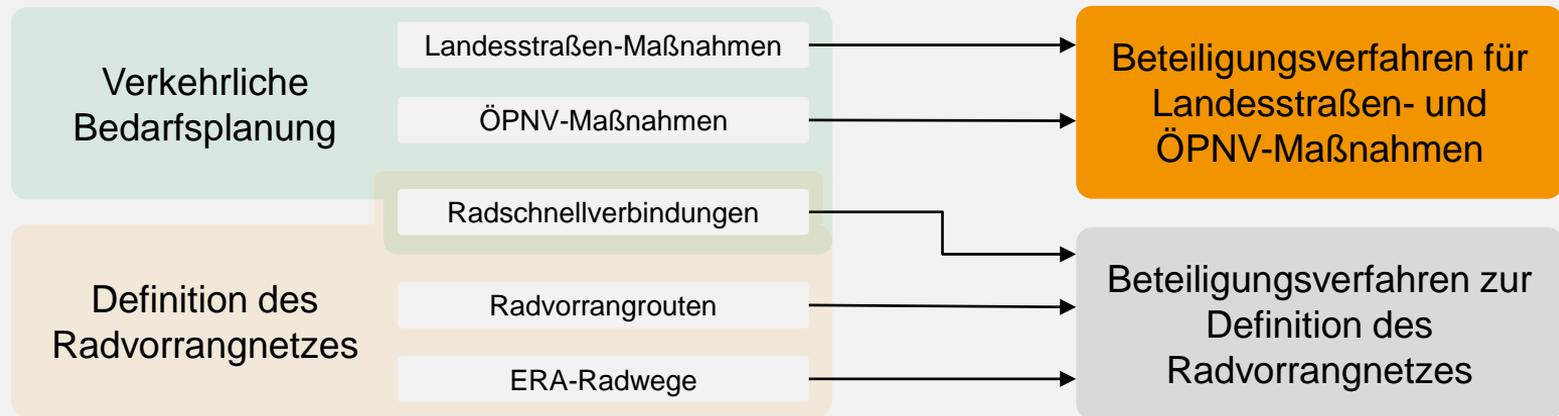
Beschlüsse der regionalen Planungsträger

Vorlage des Bedarfsplanentwurfs und des Umweltberichts zur **Beschlussfassung der regionalen Planungsträger**

Separate Beteiligungsverfahren für Landesstraßen/ÖPNV und Radverkehr



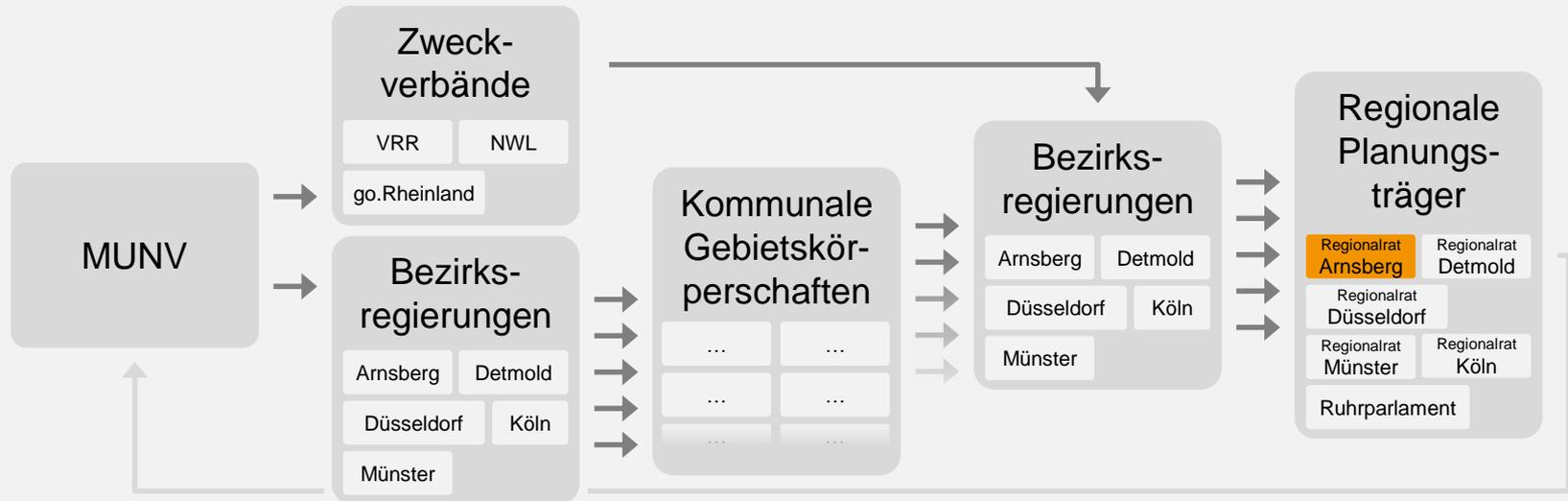
- Zur Umsetzung der kommunalen Beteiligung werden **zwei separate Beteiligungsverfahren** vorgeschlagen
- Beide Beteiligungsverfahren haben **analoge Abläufe**, jedoch unterschiedliche technische Voraussetzungen



Beteiligungsverfahren für Landesstraßen- und ÖPNV-Maßnahmen



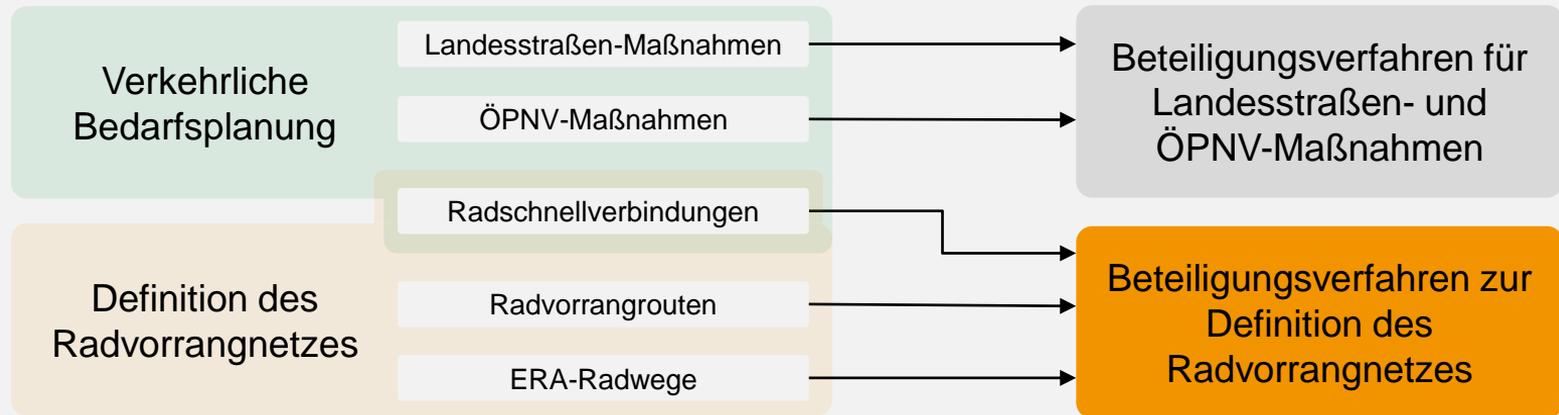
- **Zeitnahe Übersendung** initialer Maßnahmenlisten je verkehrlichem Bedarfsplan **an die Bezirksregierungen** und, bei ÖPNV-Maßnahmen, an die SPNV-Zweckverbände, Rückmeldung via:



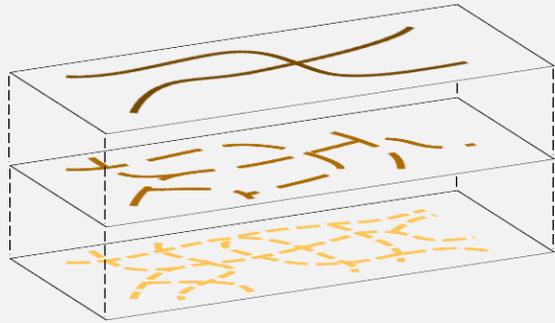
Separate Beteiligungsverfahren für Landesstraßen/ÖPNV und Radverkehr



- Zur Umsetzung der kommunalen Beteiligung werden **zwei separate Beteiligungsverfahren** vorgeschlagen
- Beide Beteiligungsverfahren haben **analoge Abläufe**, jedoch unterschiedliche technische Voraussetzungen



Aufbau des landesweiten Radvorrangnetzes



Landesweites Radvorrangnetz

Verbindungsfunktionsstufen I (großräumig), II (überregional) und III (regional, nur Versorgungsfunktion)

Überörtliche Radverkehrsnetze

Verbindungsfunktionsstufe III (regional)

Lokale Radverkehrsnetze

Verbindungsfunktionsstufe IV (nahräumig)

- Das landesweite Radvorrangnetz ist die **höchste von drei Ebenen** in der Netzhierarchie des Radverkehrs in Nordrhein-Westfalen.
- Die Ebene in der Netzhierarchie steht jedoch **in keinem direkten Zusammenhang** zum Ausbaustandard und zur Baulastträgerschaft!

Vorbereitungsverfahren für die Planung von Radschnellverbindungen



- Weiterhin **Unterstützung seitens des Landes** bei der kommunalen Planung von zusätzlichen Radschnellverbindungen (Förderung wie bisher mit einem Prozentsatz von bis zu 95%)
- Zusätzlich kann nunmehr eine **Beratung** der kommunalen Planungsträger **durch Straßen.NRW** erfolgen
 - Hierfür können sich die kommunalen Planungsträger an die für sie **jeweils zuständige Regionalniederlassung** von Straßen.NRW wenden
 - **Hinweise und konkrete Beratung** z.B. zum Projektzuschnitt, dem Ablauf des Planungsprozesses oder zur Fertigstellung von Ausschreibungsunterlagen

Aufstellungsprozesse der einzelnen, verkehrlichen Bedarfspläne



Aktualisierung der für den ÖPNV geltenden Übergangsregelung



- Seit dem Jahr 2017 gilt eine sog. **Übergangsregelung** zur Aufnahme von Maßnahmen in den bestehenden ÖPNV-Bedarfsplan
 - Nach Nachweis der Wirtschaftlichkeit, Anmeldung durch den jeweiligen Aufgabenträger **über die regionalen Planungsträger** (gemäß LPIG)
 - Gemäß Landtagsvorlage 17/258 **endet diese Regelung** mit Beginn der Maßnahmenbewertung der Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplans
- ⚠ **Die Übergangsregelung endet vrsl. im Laufe des Jahres 2025**
- Zur Bewahrung der Handlungsfähigkeit soll, in der Zeit nach Ende der Übergangsregelung und vor Inkrafttreten des neuen ÖPNV-Bedarfsplans, eine **Ausnahmeregelung bei besonderer Dringlichkeit** gelten



Ihre Kontaktpersonen



Dr. Raoul Rothfeld, für die
verkehrlichen Bedarfspläne

raoul.rothfeld@munv.nrw.de

Tel.: 0211-4566-235

Referat VII A 3 – Grundsatz-
angelegenheiten der Mobilität, des
Klimaschutzes im Verkehr,
Landesverkehrsplanung, ...

Ministerium für Umwelt, Naturschutz
und Verkehr des Landes Nordrhein-
Westfalen



Michael Eichelmann, für das
Radvorrangnetz

michael.eichelmann@munv.nrw.de

Tel.: 0211-4566-150

Referat VI A 1 – Planung von
Bundesfern- und Landesstraßen,
einschl. begleitender Radwege sowie
Radschnellverbindungen, ...

Ministerium für Umwelt, Naturschutz
und Verkehr des Landes Nordrhein-
Westfalen